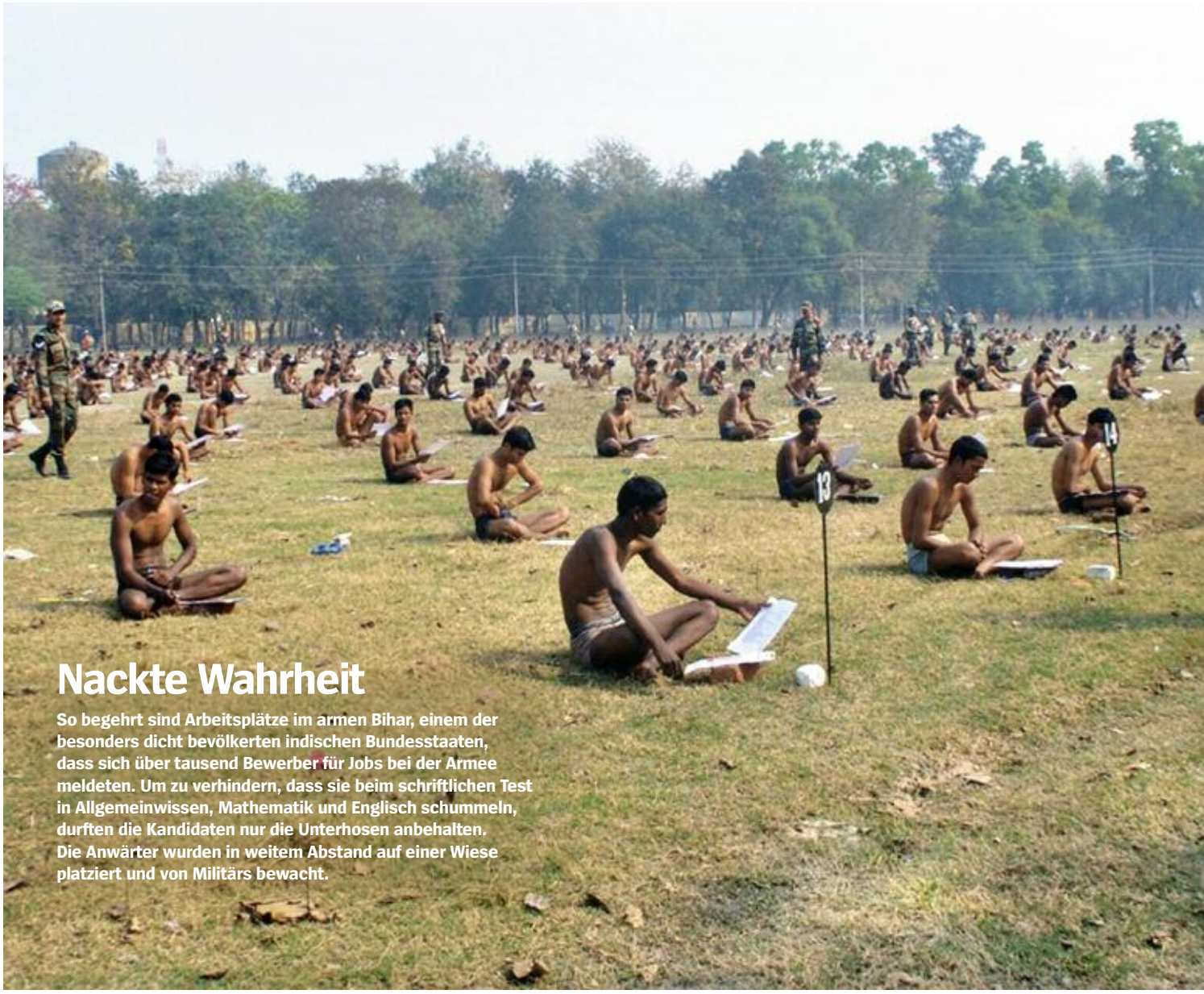

Nackte Wahrheit

So begehrt sind Arbeitsplätze im armen Bihar, einem der besonders dicht bevölkerten indischen Bundesstaaten, dass sich über tausend Bewerber für Jobs bei der Armee meldeten. Um zu verhindern, dass sie beim schriftlichen Test in Allgemeinwissen, Mathematik und Englisch schummeln, durften die Kandidaten nur die Unterhosen anbehalten. Die Anwärter wurden in weitem Abstand auf einer Wiese platziert und von Militärs bewacht.

Kommentar

Machtrausch

Die Welt braucht ein starkes China – aber keinen Autokraten in Peking.

Xi Jinping ist nicht nur Präsident von China, sondern angeblich auch ein Held. Einen „Mann von wahrem Heroismus, von unbeugsamem Geist“ nennt ihn das jüngste Propagandalied: „Wenn du heiraten willst, dann heirate einen wie ihn. Ob Fliegen oder Tiger, ob Monster oder Irre – er erwischt sie alle, keiner entkommt ihm.“ Einer von den vielen, die Xi zuletzt erwischt hat, war ein Buchhändler aus Hongkong, der Schmähschriften über Chinas Führer ins Land geschmuggelt haben soll. Im Oktober verschwand er, vor ein paar Tagen tauchte er wieder auf, im Fernsehen, als gebrochener Mann. Er schäme sich, sagte der Buchhändler. Er sei „bereit, bestraft zu werden“.

Seit drei Jahren ist Xi Jinping nun an der Macht, und mittlerweile lässt er sich verehren wie Nordkoreas Diktator Kim Jong Un. Der Personenkult um Chinas Staatschef hat ein absurdes Ausmaß angenommen. Beamte, Militärs, selbst Journalisten müssen ihm huldigen, drei neue Sicherheitsgesetze schränken die Meinungsfreiheit weiter ein. Wer widerspricht, wird zum Schweigen gebracht oder im Fernsehen vorgeführt. Auch das ist eine Vorliebe, die Xi mit Kim zu teilen scheint. Doch China ist nicht Nordkorea, es ist kein isoliertes Hungerreich, in dem ein Einzelner seinem Machtrausch frönen könnte. China, dessen Volkskongress diese Woche zusammentritt, ist ein riesiges, dynamisches, global vernetztes Land. Es ist ein Staat, der gebraucht wird – in der Weltwirtschaft, in der Sicherheits-, der Klimapolitik. Ein solcher Staat kann nicht regiert werden wie Nordkorea. In diesem Jahr werden mehrere hochrangige deutsche Politiker nach Peking reisen, Bundespräsident Joachim Gauck macht Mitte März den Anfang. Gauck sollte der Erste sein, der Xi daran erinnert, was die Welt von China erwartet: nicht die Paranoia einer Diktatur, sondern den Weitblick einer Weltmacht.

Bernhard Zand

AFP

Litauen

Blutiger Sonntag

Bei der Aufklärung eines historischen Verbrechens verfährt die Staatsanwaltschaft Vilnius wenig zimperlich. So haben die Ermittler unter anderen Michail Gorbatschow als Zeugen aufgerufen, den ehemaligen sowjetischen Staats- und Parteichef. Er soll in einem Prozess aussagen, der in dem baltischen Land die Schlagzeilen beherrscht. In der litauischen Hauptstadt wird der „Vilniusser Blutsonntag“ verhandelt: Am 13. Januar 1991 – Litauen hatte ein Jahr zuvor seine Unabhängigkeit erklärt – schossen sowjetische Soldaten auf friedliche Demonstranten. 14 Menschen kamen ums Leben, mehr als tausend wurden verletzt. Unter Anklage stehen nun der damalige Moskauer Verteidigungsminister und andere hohe Mitglieder des Parteiapparats. Dass sie vor Gericht erscheinen werden, ist so gut wie ausgeschlossen. So hat der Prozess für die Litauer vor allem symbolische Bedeutung: Als ehemalige Sowjetrepublik fühlt sich das heutige EU-Land gefährdet durch Wladimir Putins hegemoniales Streben. Was damals in Litauen geschah, sagt beispielsweise der Soziologe Aleksandras Dobryninas, wiederhole sich heute in der Ukraine. jpu

GETTY IMAGES

Sowjetpanzer in Vilnius am „Blutsonntag“

Argentinien

Papst gegen Präsident

Papst Franziskus legt sich mit Mauricio Macri an, dem neuen konservativen Staatschef seines Heimatlandes – es geht um die inhaftierte Sozialaktivistin Milagro Sala. Mithilfe von Mittelsmännern der argentinischen Kirche drängt der Papst auf die Freilassung von Sala. Sie wurde Mitte Januar wegen des Verdachts auf Betrug, Erpressung und Korruption festgenommen. Sala ist Vorsitzende der mächtigen privaten Hilfsorganisation Tupac Amaru, die für die Rechte von Obdachlosen und Indios kämpft. Sie stand der früheren peronistischen Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner nahe, die ihr ein Millionenbudget für den Bau von Sozialwohnungen übertragen hatte. Kritiker bezichtigen Tupac Amaru der Verwicklung in Drogenhandel und Schießereien, Sala weist alle Vorwürfe zurück. Ihre Anhänger und Menschenrechtler fürchten, dass nun eine Offensive der Regierung gegen soziale Bewegungen beginnt. Sie planen einen Protestmarsch am 24. März, dem 40. Jahrestag des Militärputsches. Sala und der Papst kennen sich noch aus seiner Zeit als Erzbischof von Buenos Aires. Er besuchte oft Armenviertel, in denen Tupac Amaru aktiv war. Vor wenigen Tagen ließ Franziskus einen Rosenkranz in Salas Zelle bringen. jgl

EITAN ABRAMOVICH / AFP

Tupac-Amaru-Aktivistin bei Demonstration für die Freilassung der Vorsitzenden Sala

Fußnote

115000

provisorische Müllplätze für radioaktiv verseuchte Abfälle verschandeln die Landschaft rund um die Kernkraftwerksruine von Fukushima. Und diese Zahl wächst. Die japanischen Behörden wissen kaum noch wohin mit Millionen schwarzer Plastiksäcke, in denen verstrahlte Erde, Sträucher und Gräser verstaut werden. Denn der geplante Bau eines Endlagers verzögert sich weiterhin.